

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



*Ich habe noch nie einen Menschen getroffen, der so unwissend war,
dass ich nichts von ihm lernen konnte.*

Galileo Galilei

Bildungsmonitor

Nummer 7
Dezember 2013



Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288 78 95-38 • Fax 030-288 78 95-5
E-Mail: kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

Fachlich verantwortliche Organisation: AWO Bundesverband e.V.

Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

	Editorial	4
1.	Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring	5
1.1	Bildung auf einen Blick – OECD Indikatoren	5
1.2	PISA für Erwachsene	5
1.3	Schulleistungsvergleich zwischen den Bundesländern	6
1.4	Ausbildungsreport Hamburg 2012/2013	7
1.5	Wege in die Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen	7
1.6	DGB-Ausbildungsreport 2013	8
1.7	Datenreport 2013 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	9
2.	Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern	10
2.1	Gegenseitige Anerkennung der Berufsbildungsabschlüsse in Deutschland und Dänemark	10
2.2	Anerkennung ausländischer Berufsbildungsabschlüsse	10
2.3	Baden-Württemberg – Sanktionen gegen Zuspätkommernde in Kitas	11
2.4	Jobcenter üben Druck auf Schüler aus	11
3.	Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien	12
3.1	Expertise „Fünf Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel – eine Bilanz“ (DGB)	12
3.2	INTAKT Studien (Projektnetzwerk)	13
3.3	Studie zu Freizeitaktivitäten von Jugendlichen (DIW)	14
3.4	Studie zu Bildungszielen von Einwandererkindern (WZB)	14
3.5	Abschlussberichte der Initiative „Jugend Stärken“ (BMFSFJ)	15
3.6	EU Jugendbericht (EU)	15
3.7	Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der betrieblichen Berufsbildung (BIBB)	15
3.8	PISA-Studie 2013	16
4.	Laufende bildungspolitische Studien	18
4.1	Nationales Bildungspanel	18
4.2	Dossier „Zukunft Bildung“	19
5.	Neue Programme des Bundes und der Länder	20
5.1	Bund – Export von (Berufs)Bildungsangeboten	20
5.2	Niedersachsen – Modellprojekte betrieblicher Ausbildung	21
6.	Zahlenspiegel	22
6.1	Arbeit und Soziales	22
6.2	Ausbildung behinderter Jugendlicher	23
6.3	Immer weniger männliche Lehrer in NRW	23
6.4	Hohe Zahl von Studienanfängern	23
6.5	Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich	24
6.6	Ungleichheit der Einkommen	24
6.7	Monitor Jugendarmut in Deutschland 2013	24

7.	Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden	25
7.1	Anforderungen an eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik (<i>BAG Arbeit</i>)	25
7.2	Stellungnahme des BIBB zur neuen OECD-Bildungsstudie (<i>BIBB</i>)	26
7.3	Agenda für Ausbildung Teilhabe (<i>Kooperationsverbund</i>)	27
7.4	Junge Frauen – zwischen gut gebildet und abgehängt (<i>In VIA</i>)	27
7.5	Bei der Vergabe soll Qualität den Ausschlag geben (<i>Kooperationsverbund</i>)	27
7.6	Aktionsrat fordert Ganztagsgrundschule für alle (<i>Aktionsrat Bildung</i>)	28
7.7	Handlungsbedarfe an Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitswelt (<i>AGJ</i>)	28
8.	Besondere Literaturempfehlungen	29
8.1	Einführung in die Berufliche Förderpädagogik (<i>Bojanowski u.a.</i>)	29
8.2	Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch (<i>Brüggemann/Rahn</i>)	29
8.3	Abbau per Verwaltungsakt: Vom Sozial- zum Bittstellerstaat (<i>Staiger</i>)	29
8.4	Die geprügelte Generation. Kochlöffel, Rohrstock und die Folgen (<i>Münch</i>)	29
8.5	Bildungsreform in Deutschland (<i>von Friedeburg</i>)	30
8.6	Utopie statt Sachzwang. Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann (<i>Alt Vater</i>)	30

Editorial

Sie halten die letzte Ausgabe des Bildungsmonitors im Jahr 2013 in den Händen und dürfen gespannt sein auf viele neue Informationen!

Der Bildungsmonitor gibt wieder interessante Hinweise auf neue Datenerhebungen und Analysen zur Ausbildungs- und Bildungssituation – etwa die aktuelle PISA-Studie 2013 (Kapitel 3.8, Seite 16 f.) oder die Datenreporte der DGB-Jugend und verschiedener Wissenschaftsinstitute (etwa Kapitel 1.6, 1.7 oder 6.1). Starke bildungspolitische Forderungen an die neue Bundesregierung stellt die Expertise „Fünf Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel – eine Bilanz“ (Kapitel 3.1, Seite 12). Spannend sind auch die Ergebnisse über soziale Interaktionen in pädagogischen Arbeitsfeldern, die einen wichtigen Einblick in das Lehrer-Schüler-Verhältnis geben (vgl. 3.2 INTAKT Studien). Didaktisch beispielhaft vermittelt das neue Online-Dossier von BpB und WZB das Thema „Zukunft Bildung“ (Kapitel 4.2, Seite 19). Wie gewohnt bietet der Zahlenspiegel (Kapitel 6) wieder aktuellste Daten zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in Deutschland.

Bei dieser mittlerweile siebten Ausgabe haben wir außerdem einige Weiterentwicklungen vorgenommen: So ermöglicht der neue QR-Code auf dem Deckblatt das mobile Tagging, um unmittelbar auf die einzelnen Ausgaben des Bildungsmonitors zugreifen zu können. Neu wurde das Kapitel „Besondere Literaturempfehlungen“ aufgenommen. Darüber hinaus werden die Artikel gestrafft und noch übersichtlicher präsentiert. Im Ergebnis hoffen wir als Herausgeber, dass diese Veränderungen die Reichweite des Bildungsmonitors sowie die Verständlichkeit der Informationen noch weiter erhöhen.

Der Bildungsmonitor gibt viele Anregungen, die für Sie und Ihre Arbeit von Interesse sind. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame und entspannte Weihnachtstage und ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2014. Im März 2014 melden wir uns dann wieder mit einer neuen Ausgabe des Bildungsmonitors.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)**Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring****1.1 Bildung auf einen Blick – OECD Indikatoren**

Erscheinungsjahr: 2013. Umfang: 528 Seiten

Die OECD-Studie untersucht die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den 34 OECD-Ländern sowie in einer Reihe von Nicht-OECD-Ländern wie Brasilien oder China. Mit den von der OECD entwickelten Indikatoren werden Bildungsniveaus und Bedingungen für Bildung der Teilnehmerländer vergleichbar. Die Studie gibt Aufschluss darüber, wer sich am Bildungswesen beteiligt, was dafür aufgewendet wird, wie Bildungssysteme operieren und welche Ergebnisse sie erzielen. In der aktuellen Ausgabe 2013 informieren neue Indikatoren über das Verhältnis von Bildungsabschlüssen und Beschäftigung sowie über den Zusammenhang von Bildung und Gesundheitsverhalten in den Teilnehmerländern.

Quelle:

http://www.wbv.de/openaccess/shop/detail/obj_sortyear%3A1/_/0/3/listview/category/854/854.html#browse-single

1.2 PISA für Erwachsene

Beatrice Rammstedt (Hg.): Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Ergebnisse von PIAAC 2012. Münster 2013

Die von der OECD durchgeführte PIAAC-Studie (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) hat erstmals die Lese-, Rechen- und Problemlösekompetenzen der 16- bis 65-Jährigen in 24 Industrieländern untersucht. Dabei schnitten Erwachsene in Deutschland im internationalen Vergleich nur durchschnittlich ab.

Lesekompetenz (Verstehen, Interpretieren und Bewerten von Texten). Beim Verstehen, Interpretieren und Bewerten von Texten erreichten die deutschen Teilnehmer leicht unterdurchschnittliche Werte und landeten auf Platz 15 von 23. Die höchste Kompetenzstufen (4 und 5) erzielten 10,7 Prozent der deutschen Testpersonen, der OECD-Schnitt liegt bei 11,8 Prozent. Auf Stufe 1 oder niedriger landen 17,5 Prozent der Menschen in Deutschland (OECD-Durchschnitt 15,5 Prozent). Diese Stufe entspricht laut OECD dem Niveau eines zehnjährigen Kindes: Die Befragten sind maximal in der Lage, kurze Texte mit einfachem Vokabular zu lesen und ihnen in stark begrenztem Maße Informationen zu entnehmen. Das beste Leseverständnis nach dieser Auswertung haben die Menschen in Japan und Finnland.

Rechenkompetenz. Alltagsaufgaben, die mathematisches Verständnis erfordern, haben Deutsche etwas besser gelöst als die internationale Vergleichsgruppe: 14,2 Prozent erreichten in Deutschland die Stufen 4 und 5 (OECD: 12,5%). Aber auch in diesem Feld liegt jeder Sechste (18,5 Prozent der deutschen Testpersonen) auf absolut niedrigem Niveau (Stufe 1 oder niedriger): Über einfaches Zählen, Sortieren und die Verwendung der Grundrechenarten kommt diese Gruppe nicht hinaus (OECD-Durchschnitt auf der Stufe 1 oder niedriger: 19 Prozent). Die besten Ergebnisse erzielten auch hier Japan und Finnland.

Problemlösekompetenz. Alltagsfragen mit Hilfe des Computers und digitaler Technik zu lösen, bereitet vielen Menschen Schwierigkeiten. Ein hoher Anteil der Erwachsenenbevölkerung in Deutschland verfügt über geringe Kompetenzen bei der Beschaffung, Analyse und Übermittlung von Informationen mit Hilfe geläufiger Computeranwendungen. 11,6 Prozent der deutschen Testpersonen haben keinerlei Erfahrung mit Computern oder scheitern an grundlegenden Anforderungen - sie können zum Beispiel keine Maus bedienen. Die meisten können nur mit vertrauten Anwendungen umgehen. Lediglich ein Drittel (36 Prozent) der deutschen Erwachsenen schaffte komplexere Aufgaben, wie das Navigieren über Webseiten und die eigenständige Problemlösung.

Alter. Jüngere Erwachsene schneiden fast überall besser ab als die ältesten Testteilnehmer ihres Landes. Auch in Deutschland ist der Abstand zwischen der jüngsten und der

ältesten Gruppe beträchtlich. Die besten Leistungen verzeichnen hierzulande, wie fast überall, die 25- bis 34-Jährigen. Die schlechtesten Ergebnisse erreichten die 55- bis 64-Jährigen.

Chancengleichheit. Deutschlands größte Schwäche ist jedoch - wieder einmal - die Chancenungleichheit. In kaum einem anderen Land hängt die Lesekompetenz so sehr vom Bildungsstand der Eltern ab wie hier. Testpersonen, deren Eltern weder Abitur noch Berufsausbildung haben, erzielten durchschnittlich 54 Punkte weniger als jene, bei denen mindestens ein Elternteil einen (Fach-)Hochschulabschluss oder einen Meisterbrief vorweisen kann. Nur in den USA ist dieser Abstand noch größer.

Quelle:

<http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/piaac-studie-erwachsene-in-deutschland-koennen-schlecht-lesen-a-926653.html>

Der gesamte Bericht kann heruntergeladen werden unter:

http://skills.oecd.org/OECD_Skills_Outlook_2013.pdf

➤ Siehe dazu auch Kapitel 7.2: Stellungnahme des BIBB zur neuen OECD-Bildungsstudie.

1.3 Schulleistungsvergleich zwischen den Bundesländern

Der im Oktober 2013 von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellte neue Schulleistungsvergleich zwischen den Bundesländern, an dem sich über 44.000 Schüler aus den neunten Klassen aller Schulformen beteiligt haben, bestätigt erneut die hohe Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft. Zwischen den Leistungen der Schüler in Mathematik und in den Naturwissenschaften liegen dabei bis zu zwei Schuljahre.

Ostdeutsche Schüler sind in **Mathematik und Naturwissenschaften** weitaus leistungsfähiger als die meisten ihrer westdeutschen Altersgenossen. Im Westen erzielen durchgängig nur Bayern und Rheinland-Pfalz Leistungswerte, die statistisch bedeutsam über dem Bundesdurchschnitt liegen – im Einzelfall auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Im Osten sind es alle Bundesländer. Die Leistungen der ostdeutschen Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften liegen durchweg über denen aus dem Westen.

In **Mathematik** ist Sachsen absoluter Spitzenreiter mit 536 Punkten, gefolgt von Thüringen (521) und Brandenburg (518). Schlusslicht ist Bremen mit 471 Punkten. Ein Unterschied von 25 bis 30 Punkten entspricht in etwa dem Lernfortschritt eines Schuljahres. Sächsische Schüler der 9. Klasse sind damit ihren Bremer Altersgenossen rund zwei Schuljahre voraus. Ähnlich große Leistungsunterschiede gibt es auch in der **Physik**. Zwischen Spitzenreiter Sachsen und dem Schlusslicht Nordrhein-Westfalen beträgt der Lernabstand ebenfalls rund zwei Jahre.

Die Studie belegt erneut die extrem hohe Abhängigkeit von **Schulerfolg und sozialer Herkunft** in Deutschland. Bundesweit erreichen laut den Ergebnissen Schüler aus sozial besser gestellten Familien in Mathematik im Durchschnitt 82 Punkte mehr als Jugendliche aus sozial schwächer gestellten Familien. Dies entspricht einem Leistungsvorsprung von fast drei Schuljahren zugunsten der Schülerinnen und Schüler mit einem hohen Sozialstatus.

Bei der Förderung von Kindern aus **bildungsfernen Schichten** tun sich in den Naturwissenschaften besonders Rheinland-Pfalz (Physik) und Sachsen (Biologie) hervor, während hier der Zusammenhang von Herkunft und Schulerfolg besonders in Hamburg deutlich ist. In Mathematik werden die Leistungsunterschiede zwischen Kindern aus Akademikerfamilien und bildungsferneren Schichten besonders in Brandenburg deutlich.

Basis für die Aufgaben waren die von den Kultusministern für alle Bundesländer verbindlich eingeführten **Bildungsstandards**. Sie beschreiben, was ein Schüler am Ende einer Jahrgangsstufe können soll und gelten für Lehrer als pädagogische Zielvorgabe.

Quelle:

<http://www.news4teachers.de/2013/10/schulleistungsvergleich-offenbart-ost-west-gefalle/>

Der gesamte Bericht mit einer detaillierten Darstellung der einzelnen Ergebnisse nach Fächern und Bundesländern kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.iqb.hu-berlin.de/institut/news/laendervergleich/laendervergleich/lv2012/Bericht.pdf>

1.4 Hamburg – Ausbildungsreport 2012/2013

Höchster Anteil von Ausbildungsstartern mit Abitur

Der im September 2013 vorgestellte Ausbildungsreport zeigt: Hamburgs Ausbildungsmarkt weist mit 37,7 Prozent den höchsten Anteil von Ausbildungsstarterinnen und -startern mit Abitur in allen Bundesländern auf. Im Bundesdurchschnitt haben lediglich 23,1 Prozent aller Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger das Abitur. Der hohe Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten unter den Auszubildenden liegt unter anderem an zahlreichen besonders anspruchsvollen Ausbildungsplätzen in Hamburg als Dienstleistungsmetropole des Nordens. So verzeichnet der Hamburger Ausbildungsmarkt trotz der traditionell hohen Ausbildungsquote im Handwerk ein starkes Übergewicht an Ausbildungsplätzen aus dem Bereich der Handelskammer. In deren Zuständigkeitsbereich wurden 9.906 neue Ausbildungsverträge registriert, ein Anteil von 70 Prozent, deutlich mehr als in anderen Bundesländern. Auf den Plätzen zwei und drei folgen das Hamburger Handwerk mit 2.682 Neuverträgen (19%) und die Freien Berufe mit 1.128 neuen Ausbildungsverträgen (8%).

Gute Chancen für Hamburger Schüler mit Real- oder Hauptschulabschluss

Während Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern überwiegend in hochwertige Ausbildungsberufe drängen und hier mit einem Anteil von 54 Prozent unter den Bewerbern mit Abitur deutlich überrepräsentiert sind, bietet der Hamburger Ausbildungsmarkt gerade für Hamburger Schülerinnen und Schüler mit Real- oder Hauptschulabschluss zunehmend bessere Chancen. So stieg die Zahl der Ausbildungsverträge für Hamburger Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss von 2.245 (2011) auf 2.410 (2012) und liegt damit erheblich über der Zahl der Ausbildungsplätze für Hauptschülerinnen und -schüler aus anderen Bundesländern (2011: 872 Ausbildungsverträge, 2012: 851 Ausbildungsverträge).

Steigende Übergangsquote von der Schule direkt in den Beruf

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat zahlreiche Reformen eingeleitet, um Hamburger Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben zu erleichtern. Schulsenator Rabe: „Nur 25 Prozent der Schulabgänger ohne Abitur haben direkt nach dem Schulabschluss im Sommer 2012 eine Ausbildung begonnen. Diese Übergangsquote wollen wir energisch verbessern. Unsere Bemühungen hatten bereits im letzten Jahr Erfolg: Nach dem Schulabschluss konnten wir die Übergangsquote dank der Anstrengungen von Arbeitsagentur, Jobcenter sowie Schul- und Sozialbehörde um 50 Prozent auf 38 Prozent steigern. Das zeigt, was möglich ist.“

Quelle:

<http://www.hamburg.de/bsb/bsb-pressemitteilungen/4111078/2013-09-24-ausbildungsreport-2013.html>

Der gesamte Ausbildungsreport kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/4110826/data/ausbildungsreport-2013-dokument.pdf>

1.5 Wege in die Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen

Auf Grundlage der integrierten Ausbildungsberichterstattung hat die G.I.B. die Wege in die Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen dargestellt. Danach sind in Nordrhein-Westfalen 2012 mehr als 45% aller Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen außerhalb des Hochschulstudiums in eine Berufsausbildung eingemündet. Mit rund 70% stellt die duale Ausbildung hier den größten Teil. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegt Nordrhein-Westfalen eher im unteren Bereich. Rund 17% der Anfänger/-innen konnten nicht direkt in eine Ausbildung bzw. in die Vorbereitung auf die Hochschulreife einmünden, sie wechselten in den so genannten Übergangsbereich mit den berufsvorbereitenden Ausbildungsangeboten. Dieser Anteil entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil derjenigen, die nach Verlassen der Sekundarstufe I eine Hochschulzugangsberechtigung anstreben, ist in Nordrhein-Westfalen mit 37,4% im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch.

Zwischen den Kommunen zeigen sich große Unterschiede. So liegt der Anteil derjenigen, die nach der Sekundarstufe I direkt in eine Berufsausbildung münden zwischen rund 29% und rund 65%.

Die Daten des kommunalen Bildungsmonitorings zeigen, dass die Wege in die Ausbildung deutlich vom vorher erreichten Schulabschluss abhängen. Während Jugendliche ohne Hauptschulabschluss mit einem Anteil von fast 64% 2012 in den Übergangsbereich wechselten, waren es bei den Schulabgänger/-innen mit mittlerem Bildungsabschluss nur rund 13%.

Der gesamte Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://alteinstanz.gib-nrw.de/service/downloads/wege-in-die-berufsausbildung-in-nordrhein-westfalen>

Quelle:

G.I.B. Newsletter Nr. 276

1.6 DGB-Ausbildungsreport 2013

Methode. Für den nunmehr achten Ausbildungsreport der DGB-Jugend wurden insgesamt 18.649 Auszubildende aus den 25 laut Bundesinstitut für Berufsbildung häufigsten Ausbildungsberufen befragt. Im Vorjahr waren es rund 6.500 weniger. Befragt wurden Auszubildende aus betrieblicher und dualer Ausbildung, aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlichster Größe.

Zentrales Ergebnis. Der Ausbildungsmarkt ist zunehmend gespalten, es bildet sich eine Zweiklassengesellschaft. Ein Teil der Jugendlichen, vor allem jene mit gutem Schulabschluss, profitiert von der demografisch bedingten leichten Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. Es fällt ihnen leichter als noch vor wenigen Jahren, einen Ausbildungsplatz zu finden. Für einen Teil der jungen Menschen dagegen erhöht sich das Risiko, dauerhaft aus dem Ausbildungsmarkt ausgeschlossen zu bleiben. Deutliches Anzeichen dafür ist der hohe Anteil junger Menschen ohne qualifizierenden Berufsabschluss.

Gespaltener Ausbildungsmarkt. Der Ausbildungsreport spiegelt wider, was vor einigen Jahren bereits im nationalen Bildungsbericht erkannt wurde: annähernd die Hälfte der Ausbildungsberufe ist für Menschen mit unteren Bildungsabschlüssen „faktisch abgeschottet“. Junge Menschen mit Hauptschulabschluss, die diese faktische Abschottung bereits verinnerlicht haben, ziehen bestimmte Berufe für sich gar nicht mehr in Betracht.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisiert: „Gerade einmal zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten kommen überhaupt in Ausbildung, die anderen werden mit Alternativen und Abstellgleisen abgespeist, zum Beispiel den Maßnahmen im Übergangsbereich.“ Als „großes Ärgernis“ bezeichnet sie vor diesem Hintergrund den sinkenden Anteil ausbildender Betriebe. Es sei unbegreiflich, dass die Ausbildungsbetriebsquote auf 21,7 Prozent gesunken und auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge erneut zurückgegangen ist.

Unterschiedliche Bedingungen für Männer und Frauen. Gespalten ist der Ausbildungsmarkt auch, wenn es um die Ausbildungsbedingungen, die Vergütung und Chancen von jungen Frauen und Männern geht. Nach wie vor gibt es auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausbildung. Frauen erhalten in den von ihnen bevorzugten Berufen deutlich weniger Vergütung: Während männliche Auszubildende nach den Ergebnissen des Ausbildungsreports im dritten Ausbildungsjahr durchschnittlich 716 Euro verdienen, liegt dieser Wert bei den vorwiegend weiblich dominierten Berufen im dritten Ausbildungsjahr mit durchschnittlich 628 Euro deutlich niedriger.

Auszubildende in den weiblich dominierten Berufen leisten häufiger Überstunden als ihre Kollegen in männlich dominierten Berufen: 40,5 Prozent zu 35,8 Prozent. Und sie bekommen mit 51 Prozent deutlich seltener einen Überstundenausgleich als die Auszubildenden in den männlich dominierten Berufen (75,9 Prozent). Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt schon bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz beginnt.

Weitere Ergebnisse. Themenschwerpunkte der Befragung waren dieses Mal der Einstieg in die Ausbildung und die Perspektiven danach. Etwa ein Drittel der befragten Auszubildenden konnte die Ausbildung in ihrem Wunschberuf beginnen und über 40 Prozent

in einem von mehreren für sie interessanten Berufen. Knapp ein Viertel macht allerdings die Ausbildung in einem Beruf, der eigentlich nicht geplant war. Auch hier ist die Situation für Frauen schwieriger. 29,5 Prozent sind in ihrem Wunschberuf untergekommen, bei den Männern waren es 36,2 Prozent.

Die Hoffnung auf eine Übernahme nach der Ausbildung erfüllt sich keineswegs für alle. Von den Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr haben lediglich 40 Prozent zum Zeitpunkt der Befragung eine Zusage für eine Übernahme bekommen und etwa 14 Prozent wussten bereits, dass sie nicht übernommen werden. Die restlichen 45 Prozent hatten noch keine Auskunft.

Zusammenfassende Bewertung. Insgesamt zeigt der Ausbildungsreport ein aus den letzten Jahren gewohntes Bild mit leichten Verbesserungen bei den Ausbildungsbedingungen, aber auch einer leichten Zunahme der Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Der überwiegende Teil der Auszubildenden (72,8%) ist mit der Qualität ihrer Ausbildung zufrieden. Es bleibt aber bei bekannten Problemen, vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Quelle:

<http://www.dgb.de/presse/++co++2e341cbe-156e-11e3-af23-00188b4dc422>

Der Ausbildungsreport kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.dgb.de/presse/++co++d1b94486-156e-11e3-9f26-00188b4dc422>

1.7 Datenreport 2013 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg.: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) und der Abteilung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), November 2013

Wie entwickeln sich die materiellen Lebensverhältnisse und die ökonomische und soziale Ungleichheit in Deutschland? Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Veränderungen ihrer Lebensumstände subjektiv wahr, und wie bewerten sie ihre Lebensqualität, z.B. ihre Einkommenssituation, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Demokratie? Hat sich die Beteiligung am politischen Geschehen verändert, und wie gut sind die in Deutschland lebenden Zuwanderer in die Gesellschaft integriert? Wie steht es um die soziale Sicherung, und wo steht Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wenn es um die Lebensqualität der Bürger geht?

Nie zuvor waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig wie heute. Im Jahr 2012 ist ihre Zahl im siebten Jahr in Folge gestiegen. Das deutsche „Jobwunder“ wird gern zum Vorbild für andere Länder genommen, jedoch zeigt ein Blick auf die ungleiche Einkommensverteilung ein anderes Bild der deutschen Gesellschaft. Denn vom wachsenden Wohlstand profitieren längst nicht alle Menschen. Das Risiko, in Armut abzurutschen, ist für Teile der Bevölkerung sogar gestiegen.

Welche Erklärungen gibt es für diese unterschiedlichen Entwicklungen? Was steckt hinter dem deutschen „Jobwunder“? Wer ist besonders von Armut bedroht? Auf diese und viele weitere gesellschaftspolitisch relevante Fragen gibt der Datenreport 2013 empirische Antworten.

Herunterzuladen unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013Kap4.pdf?__blob=publicationFile

(2)

Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern

2.1 Gegenseitige Anerkennung der Berufsbildungsabschlüsse in Deutschland und Dänemark

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, und die Ministerin für Bildung des Königreiches Dänemark, Christine Antorini, haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, mit der die prinzipielle Vergleichbarkeit von in Deutschland und Dänemark erworbenen beruflichen Qualifikationen gestärkt wird. Ziel der Vereinbarung ist es, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglichst unkompliziert grenzüberschreitende Arbeits- und Ausbildungsmobilität zu ermöglichen. Fachkräfte haben dadurch bessere Möglichkeiten, Arbeit auf beiden Seiten der Grenze aufzunehmen. Gleichzeitig soll auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessert und weiter entwickelt werden. Außerdem wird es jetzt einfacher, im Rahmen der beruflichen Ausbildung Praktika in Deutschland zu absolvieren.

Die Erklärung basiert auf dem Anerkennungsgesetz, mit dem erstmalig ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit dem deutschen Referenzberuf geschaffen wurde. Demnach wird im Grundsatz davon ausgegangen, dass Berufsqualifikationen grundsätzlich miteinander vergleichbar sind, wenn es keine wesentlichen Unterschiede bei den vermittelten Fähigkeiten und Kenntnissen gibt. Die Menschen in den grenznahen Regionen profitieren besonders von der Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse.

Weitere Informationen zum Thema unter:

<http://www.bmbf.de/de/15644.php>

Quelle:

BMBF Pressemitteilung 128/2013 vom 20.11.2013

2.2 Anerkennung ausländischer Berufsbildungsabschlüsse

Das Statistische Bundesamt hat Mitte Oktober 2013 erstmalig eine Statistik zum Anerkennungsgesetz des Bundes vorgelegt. Danach wurden von den im Zeitraum April 2012 bis Dezember 2012 bundesweit gemeldeten rund 11.000 Verfahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 bereits nahezu Dreiviertel (rund 8.000 Verfahren) entschieden. Der ganz überwiegende Teil (82 Prozent) davon wurde mit einer vollen Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen beendet. Diese Abschlüsse sind den deutschen Referenzberufen vollständig gleichwertig. Die Ablehnungsquote lag insgesamt bei nur 6,5 Prozent.

Besonders groß war das Interesse an einer Anerkennung im Bereich der so genannten **reglementierten Berufe**, bei denen die Anerkennung Voraussetzung für die Berufsausübung ist. Darauf beziehen sich rund 80 Prozent der gestellten Anträge. Der Schwerpunkt lag dabei auf den medizinischen Gesundheitsberufen, insbesondere bei Ärzten, Krankenpflegern und Krankenschwestern. Aus dieser Berufsgruppe stammten allein 6.837 der 7.458 positiv beschiedenen Anträge, darunter 5.121 von Ärztinnen und Ärzten. In diesen Berufen gibt es in Deutschland bereits erhebliche Engpässe.

Rund 20 Prozent der Anträge betreffen die **nicht-reglementierten Ausbildungsberufe** im dualen System wie zum Beispiel Kaufmann, Mechaniker oder Elektroniker. Die Anerkennung ist hier zwar nicht Voraussetzung für die Berufsausübung, sie vergrößert jedoch die Chancen auf eine adäquate Beschäftigung und einen beruflichen Aufstieg. Neben der großen Anzahl an vollen Gleichwertigkeitsbescheiden wurden den Antragstellenden auch Teile der Qualifikation als gleichwertig anerkannt. Auch durch diese Teilanerkennung wird der Arbeitsmarktzugang verbessert.

Das am 1. April 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz des Bundes umfasst nur bundesrechtlich geregelte Berufe. Für wichtige Berufsgruppen wie Lehrer und Ingenieure sind die Länder zuständig. „Es wird deshalb höchste Zeit, dass die acht noch ausstehen-

den Länder ihre Anerkennungsgesetze noch in 2013 in Kraft setzen und die Anerkennungsverfahren für alle Berufe öffnen“, so Bildungsministerin Wanka. Zugleich forderte sie die Unternehmen auf, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren, ausländische Qualifikationen anerkennen zu lassen.

Weitere Details zur Statistik unter:

http://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/statistik_zum_bundesgesetz.php und <http://www.bmbf.de/de/15644.php>

Quelle:

BMBF Pressemitteilung 118/2013 vom 15.10.2013

2.3 Baden-Württemberg – Sanktionen gegen Zuspätabholer in Kitas

Städte in Baden-Württemberg wollen Eltern mit unterschiedlichen Mitteln dazu bringen, ihre Kinder pünktlich aus den kommunalen Tagesstätten abzuholen. Kürzlich hatte der Gemeinderat in Waiblingen beschlossen, dass Kinder, die regelmäßig zu spät aus der Kita abgeholt werden, für zwei Tage vom Kita-Besuch ausgeschlossen werden können.

Andere Städte wie Göppingen setzen auf finanzielle Sanktionen. Wenn die vereinbarten Betreuungszeiten überschritten werden, bekommen die Eltern jede angefangene Stunde mit fünf Euro in Rechnung gestellt. Auch in Waiblingen soll es für Unpünktlichkeit vor dem Ausschluss zunächst Verwarnungen und Geldbußen – zehn Euro pro angefangene Stunde – geben. In Pforzheim wird das betroffene Kind nach Angaben der Stadt im drastischsten Fall in ein längeres und damit teureres Modul eingestuft.

Allerdings scheint es eher unwahrscheinlich, dass das Waiblinger Beispiel Schule macht. In anderen Kommunen wie Stuttgart, Heilbronn, Freiburg, Esslingen und Baden-Baden wird im Zuspätabholen offensichtlich kein gravierendes Problem gesehen. Hier wird vor allem in Gesprächen mit den Eltern ein geeignetes Mittel gesehen. In Tübingen wird ein Kita-Ausschluss auch aus pädagogischen Gründen abgelehnt. Und in Baden-Baden heißt es: möglicherweise stelle sich heraus, dass es neue Belastungen in der Familie gibt. Man werde dann Hilfestellung geben. Wenn das Gespräch nicht fruchtet, gehe ein Schreiben an die Eltern. Danach werde mit Kündigung gedroht.

Quelle:

Bildungsklick vom 28.10.2013

2.4 Jobcenter üben Druck auf Schüler aus

Wie Spiegel Online in seiner Ausgabe vom 14. November 2013 berichtet, setzen Jobcenter in zahlreichen Bundesländern offensichtlich immer wieder Schülerinnen und Schüler unter Druck: mit Vorladungen zu Beratungsgesprächen; der Aufforderung, Zeugnisse vorzulegen und der Ankündigung, über Stellengesuche und vermittlungsrelevante Daten sprechen zu wollen. Bei Nichteinhaltung solcher Termine werden Sanktionen angedroht oder sogar ausgesprochen. Schon vor zwei Jahren gerieten Jobcenter in Hessen und Niedersachsen deshalb in die Kritik. Ihnen wurde vorgeworfen, Noten zu kontrollieren und Schüler in eine Ausbildung zu drängen. Eine Dienstvereinbarung in Berlin vom Mai 2013 macht deutlich, um was geht: Zur Verringerung der Hilfebedürftigkeit und zur Sicherung des Fachkräfteangebots soll noch stärker als bisher die vollständige Erschließung des Potentials ausbildungssuchender junger Menschen berücksichtigt werden.

Quelle und weitere Informationen

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/kritik-an-jobcentern-kinder-von-hartz-iv-empfaengern-unter-druck-a-933418-druck.html>

- Zu weiteren Hintergründen dieser Praxis und zu ihrer verfassungsrechtlichen Problematik siehe Kapitel 8: Michael Staiger: Abbau per Verwaltungsakt – Vom Sozial- zum Bittstellerstaat.

(3)**Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien****3.1 Expertise „Fünf Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel – eine Bilanz“**

Klaus Klemm: Fünf Jahre nach dem Bildungsgipfel – eine Bilanz. Hrsg. DGB: Die Umsetzung der Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008. Berlin, November 2013

Vor gut fünf Jahren – im Oktober 2008 – riefen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder die Bildungsrepublik Deutschland aus. Es sei das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft, jeden Menschen zu integrieren. Eine gute Bildung für alle Menschen sei hierfür eine Grundvoraussetzung.

Bund und Länder haben in Dresden konkrete, messbare Ziele vereinbart: Die hohen Quoten der jungen Menschen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss sollten halbiert werden. Für 35 Prozent der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, müsse ab dem 1. August 2013 ein Krippenplatz bereit stehen, um den Rechtsanspruch abzusichern. Mehr Menschen sollten sich weiterbilden oder ein Studium aufnehmen. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollten auf zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts steigen.

Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm ist im Auftrag des DGB zum vierten Mal der Frage nachgegangen, was aus den Dresdner Versprechen geworden ist und kommt zu folgendem Ergebnis:

Auf den ersten Blick gibt es durchaus positive Entwicklungen: Die Zahl der Krippenplätze ist gestiegen und mehr Menschen beginnen ein Studium oder bilden sich weiter. Doch ein genauerer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss bleibt bedrückend hoch. Und auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Die vermeintliche „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt ein sozial gespaltenes Land.

Genau an diesen Befunden muss eine künftige Bundesregierung ansetzen. Eine Große Koalition muss eine große Bildungsreform angehen. Fast sämtliche Bildungsstudien sagen uns, was zu tun ist: Wir müssen in die Qualität der frühkindlichen Bildung investieren – durch mehr und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Wir benötigen mehr gute Ganztagschulen mit Schulpsychologen und Sozialarbeitern. Die Hochschulen brauchen eine verlässliche finanzielle Grundausstattung und die BAföG-Sätze müssen spürbar steigen. Wir müssen die zahllosen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung abbauen und das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen fördern.

Diese Maßnahmen gibt es nicht zum Nulltarif: Die Bundesregierung muss mehr in unser Bildungswesen investieren, damit wir nicht mehr – auch das zeigt die Klemm-Expertise – bei den öffentlichen Bildungsinvestitionen weit hinter anderen OECD-Staaten zurückbleiben. Und es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen nötig. Die Länder allein sind mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Bildungssystems heillos überfordert – auch wegen der Schuldenbremse. Deshalb zählt es zu den größten bildungspolitischen Fehlern des vergangenen Jahrzehnts, dass der Bund mit der Föderalismus-Reform 2006 aus der Finanzierung weiter Teile unseres Bildungswesens ausgegrenzt wurde. Dieses vorsintflutliche Kooperationsverbot muss aus der Verfassung gestrichen werden – und zwar für das gesamte Bildungssystem. Eine solche Maßnahme gehört in das 100-Tage-Programm einer neuen Bundesregierung. Ansonsten drohen unserem Bildungswesen vier verlorene Jahre.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

<http://schule.dgb.de/+co++78596884-5296-11e3-89c7-00188b4dc422>

Quelle:

DGB wissenaktuell Nr. 29 vom 22.11.2013

3.2 INTAKT Studien (Soziale Interaktionen in pädagogischen Arbeitsfeldern)

Annedore Prengel: Pädagogische Beziehungen zwischen Anerkennung, Verletzung und Ambivalenz. Berlin, Verlag Barbara Budrich 2013

Zielsetzung und Methode. Das Projektnetzwerk INTAKT erkundet soziale Interaktionen in pädagogischen Arbeitsfeldern unter der Fragestellung, wie und wie oft Kinder in pädagogischen Interaktionen anerkannt oder verletzt werden. Darüber werden die erhobenen sozialen Interaktionen im Hinblick auf ihre Relevanz für die Menschenrechtsbildung und die demokratisch-inklusive Erziehung analysiert.

Das Projektteam besteht aus einer interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe aus Erziehungswissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern und Fachdidaktikern. Zur Zeit umfasst der Datensatz 15.000 protokollierte Beobachtungen, die an mehr als 300 Beobachtungstagen in 120 Schulen aller Schulstufen im Unterricht von 350 Lehrern bundesweit notiert wurden.

Ergebnisse. Mit durchschnittlich jeder vierten Lehrer-Schüler-Interaktion ist eine Verletzung verbunden und in durchschnittlich jeder sechzehnten pädagogischen Interaktion erleben die Lernenden die starke Missachtung eines Mitschülers durch eine Lehrkraft.

Die bisherige Auswertung legt nahe, dass Erzieher/-innen und Sozialpädagog(inn)en in außerschulischen Einrichtungen etwas anerkennder handeln, aber dennoch insgesamt durchschnittlich relativ ähnliche Ergebnisse aufweisen wie Lehrerinnen und Lehrer. Beobachtet wurden in den bislang ausgewerteten Schulen 10 Prozent sehr anerkennde, 28 Prozent leicht anerkennde, 34 Prozent neutrale, 16 Prozent leicht verletzend, 6 Prozent sehr verletzend und 5 Prozent schwer einzuordnende Interaktionen. Für fast drei Viertel der Interaktionen ist die Anerkennungsbilanz positiv, während bei einem Viertel der beobachteten Interaktionen die Beziehungsqualität negativ ausfällt.

Im Schulstufenvergleich schneidet die Sekundarstufe I am schlechtesten ab mit der höchsten Anzahl verletzender Interaktionen, gefolgt von der Primarstufe und der Sekundarstufe II.

Die INTAKT-Studien weisen nach, dass die an der einzelnen Schule gepflegte Schulkultur zwar die Interaktionen der Lehrpersonen beeinflusst, aber nicht bewirkt, dass alle Lehrkräfte unter den gleichen institutionellen Rahmenbedingungen sich gleich verhalten. Auch an Schulen, die über langjährige reformpädagogische und integrative Erfahrungen verfügen, können trotz vieler anerkennd handelnder Teammitglieder einzelne Lehrpersonen arbeiten, die überdurchschnittlich häufig verletzen. Dies lässt den Rückschluss zu, dass sie von der Richtigkeit ihres professionellen Handelns überzeugt sind. Die Spaltung zwischen anerkennden und verletzenden Handlungsweisen in ein und demselben Kollegium ist möglicherweise ein typisch deutsches Phänomen.

Folgerungen. Offensichtlich sind die verletzenden kinderfeindlichen Interaktionen in den Normen und kulturellen Mustern der pädagogischen Akteure als feste Überzeugungen verankert. Diese werden auch von Akteuren anderer Systemebenen gestützt, die noch dem Bild vom „schlechten Schüler“ verhaftet und von destruktiven pädagogischen Praktiken überzeugt sind. Damit wird die „kulturelle Normativität von verletzenden Handlungsmustern“ gefestigt. Schlussfolgerung der Autorin: „Wenn destruktive Normen bei einem Teil der Akteure ungebrochen lebendig bleiben können, mangelt es im pädagogischen Mainstream an menschenrechtlich fundierten Normen für die Ethik pädagogischen Handelns.“

Für die Praxis zieht die Autorin folgende Konsequenzen: Innerhalb der Kollegien müssen geregelte konstruktive Verfahren festgelegt und Haltungen kultiviert werden, die dazu führen, dass niemand mehr wegschaut, wenn ein Kollege Kinder verletzend behandelt. Qualifikationen auf der Beziehungsebene müssen systematischer Bestandteil von Aus- und Fortbildung werden. Darüber hinaus geht es darum, die Fähigkeit zur Empathie zu stärken.

Quelle:
Bildungsklick vom 4.11.2013

➤ Siehe dazu auch Kapitel 8: Ingrid Müller-Münch: Die geprügelte Generation.

3.3 Studie zu Freizeitaktivitäten von Jugendlichen (DIW)

Von Adrian Hille, Annegret Arnold und Jürgen Schupp: Freizeitverhalten Jugendlicher: Bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. DIW Wochenbericht Nr. 40.2013

Musik, Sport, ehrenamtliches Engagement – die Teilnahme an so genannten bildungsorientierten Freizeitaktivitäten hat in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen. Dieser Trend zeigt sich sowohl bei Jugendlichen aus sozial besser gestellten als auch bei Jugendlichen aus sozial schlechter gestellten Familien. So lautet das Ergebnis einer im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) veröffentlichten Studie auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Während im Jahr 2001 erst 48 Prozent aller 16- bis 17-Jährigen an bildungsorientierten Aktivitäten teilnahmen, waren es im Jahr 2012 bereits 62 Prozent. „Dennoch sind die Unterschiede im Freizeitverhalten von Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Herkunft noch genauso stark ausgeprägt wie vor zehn Jahren“, sagt der Ökonom Adrian Hille, einer der Autoren. „Jugendliche aus sozial schwächeren Haushalten nutzen bildungsorientierte Angebote viel seltener als junge Menschen aus gut situierten Familien.“

Die SOEP-Daten zeigen: Während zwischen 2001 und 2004 nur etwa zehn Prozent der 16- bis 17-Jährigen musizierten, waren es zwischen 2009 und 2012 bereits knapp 18 Prozent. Noch stärker hat im gleichen Zeitraum das ehrenamtliche Engagement der 16- bis 17-Jährigen zugenommen (von 11 auf 22 Prozent). Darüber hinaus ist auch der Anteil der Jugendlichen, die Sport treiben, tanzen oder Theater spielen, gestiegen. Gleichzeitig verzeichnen die Forscher einen Abwärtstrend der sogenannten informellen Freizeitbeschäftigungen. So ist der Anteil derer, die täglich mit der besten Freundin oder dem besten Freund unterwegs sind, im Untersuchungszeitraum von 40 auf 25 Prozent zurückgegangen.

Nach wie vor gestalten vor allem Jugendliche aus höheren sozialen Schichten ihre Freizeit bildungsorientiert. Denn die Bildung der Eltern entscheidet maßgeblich darüber, ob Jugendliche außerhalb der Schule musizieren, Sport treiben oder sich ehrenamtlich engagieren. Kann die Mutter weder Abitur noch einen Universitätsabschluss vorweisen, haben ihre Kinder eine um 20 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an einer bildungsorientierten Freizeitaktivität als andere. „Solche Jugendliche sind gleich mehrfach benachteiligt“, betont der SOEP-Forscher Adrian Hille. „Denn ihre weniger günstigen Bildungsmöglichkeiten zu Hause, in der Schule und in der Freizeit verstärken sich gegenseitig.“ Inwieweit bildungsorientierte Freizeitaktivitäten wichtig sind für die Entwicklung von Fähigkeiten sowie für die Berufs- und Studienwahl, ist noch unzureichend erforscht.

Damit die Bildungsungleichheit in der Freizeit der Jugendlichen reduziert werden kann, fordern die Forscher den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Darüber hinaus sollten bildungsorientierte Freizeitangebote verstärkt staatlich gefördert werden. Als Beispiel nennen sie das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi), das es Kindern ermöglicht, ein Jahr lang kostenlos ein Instrument zu lernen. JeKi wurde 2007 in Nordrhein-Westfalen eingeführt und findet nun bundesweit Nachahmer.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.diw.de/um/tc?t=8S0S.D32N.257ACD06962557799EA9AE292E1D9669&d=http%3a%2f%2fwww.diw.de%2fsixcms%2fdetail.php%2f428684&n=%2fsixcms%2fdetail.php%2f428684>

Quelle:

DIW Pressemitteilung vom 2.10.2013

3.4 Studie zu Bildungszielen von Einwandererkindern (WZB)

Céline Teney, Perrine Devleeshouwer, Laurie Hanquinet: Gymnasium - und was dann? Junge Migranten zwischen Selbstbehauptung und Familienzielen. WZB BRife 25, September 2013

Migranten und ihre Nachkommen streben höhere Bildungsabschlüsse an als ihre inländischen Mitschülerinnen und Mitschüler mit den gleichen sozioökonomischen und schulischen Voraussetzungen. Gleichzeitig fällt allerdings auf, dass höhere Bildungsaspirationen nicht mit höheren schulischen Leistungen einhergehen: Jugendliche mit Migrationshintergrund schneiden in Tests schlechter ab als die Schüler ohne Migrationshintergrund. Die Studie ist der Frage nachgegangen, weshalb eine Einwanderungsbiografie die Bildungsaspirationen anspricht, und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Für Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt das generationsübergreifende Mobilitätsprojekt ihrer Eltern eine wichtige Rolle für die Entstehung ihrer beruflichen und Bildungsziele. Die elterlichen Wünsche nach sozialem Aufstieg werden auf die Kinder übertragen. Die Wahrnehmung ethnischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt hingegen ist nicht die Ursache der höheren Bildungsaspirationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Eine Zusammenfassung der Studie ist nachzulesen unter:

http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-bildung/WZBriefBildung252013_teney_devleeshouwer_hanquinet.pdf

3.5 Abschlussberichte der Initiative „Jugend Stärken“ (BMFSFJ)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Abschlussbericht der Evaluation des ESF-Programms „Kompetenzagenturen“. Juli 2013

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Abschlussbericht der Evaluation des ESF-Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“. Juli 2013

Das BMFSFJ hat jetzt die Abschlussberichte der Evaluation der ESF-Programme „Kompetenzagenturen“ und „Schulverweigerung - Die 2. Chance“ veröffentlicht. Untersucht wurden insbesondere das Erreichen der Zielgruppe, die Wirkung der Unterstützungsangebote und die Vernetzung der Angebotsstrukturen vor Ort.

Beide Berichte können heruntergeladen werden unter:

Kompetenzagenturen:

http://www.jugend-staerken.de/fileadmin/inhalt_dokumente/Abschlussbericht-Kompetenzagenturen.pdf

Schulverweigerung:

http://www.jugend-staerken.de/fileadmin/inhalt_dokumente/Abschlussbericht-Die_2._Chance.pdf

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat eine Handreichung zur möglichen Fortführung der Projekte „Kompetenzagenturen“ und „2. Chance“ unter dem Titel „Jugendsozialarbeit verstetigen – Junge Menschen nachhaltig stärken“ herausgegeben. Diese und weitere aktuelle Informationen zu „JUGEND STÄRKEN“ sowie zum Nachfolgeprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ finden Sie hier:

http://www.jugendsozialarbeit.de/jugend_staerken

3.6 EU Jugendbericht (EU)

European Commission: 2012 EU Youth Report.

Der gemeinsame Jugendbericht 2012 von Europarat und EU-Kommission ist jetzt in englischer Sprache online verfügbar. Er enthält sowohl einen Rückblick auf den ersten Arbeitszyklus zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie von 2010 bis 2012 als auch einen Ausblick auf die Prioritäten für die Jahre 2013-2015.

Der Jugendbericht liefert umfassende statistische Analysen zu den acht Politikfeldern Bildung und Ausbildung, Beschäftigung und Unternehmertum, soziale Inklusion, Gesundheit und Wohlbefinden, gesellschaftliche Beteiligung, Kultur und Kreativität, Freiwilligentätigkeit und „Jugend und die Welt“.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://bookshop.europa.eu/en/eu-youth-report-pbNC3212410/?CatalogCategoryID=W18KABst1t8AAAEjnZAY4e5L>

3.7 Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der betrieblichen Berufsbildung (BIBB)

Christian Gerhards, Klaus Troltsch, Günter Walden: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der betrieblichen Berufsausbildung: Wer bildet sie (noch) aus, welche Erfahrungen gibt es und wie können ihre Chancen verbessert werden? BIBB REPORT Ausgabe 22/2013

Steigendes internationales Interesse an der betrieblichen Ausbildung in Deutschland lenkt derzeit etwas ab von den Problemen auf dem deutschen Ausbildungsmarkt. Bestimmte Gruppen von Jugendlichen haben weiterhin Schwierigkeiten beim unmittelbaren Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung. Dieser BIBB Report behandelt die Frage, welche Betriebe Jugendliche mit Hauptschulabschluss ausbilden und unter welchen Voraussetzungen dies geschieht.

Der BIBB Report zeigt, dass mehr als jeder dritte ausbildende Betrieb Jugendlichen mit Hauptschulabschluss eine Chance auf Ausbildung bietet, sie unterstützt und damit Vakanzen bei den angebotenen Ausbildungsstellen reduzieren kann.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten von Betrieben, ihre freien Ausbildungsplätze zu besetzen, und angesichts der weiterhin vorhandenen Schwierigkeiten Jugendlicher mit Hauptschulabschluss beim Einstieg in eine betriebliche Ausbildung – so das Fazit des Reports – sollten Betriebe stärker als bisher auch Jugendliche mit Hauptschulabschluss als Zielgruppe ihrer Rekrutierungsstrategien entdecken.

Denn: die Ergebnisse dieser Analyse zeigen erneut, dass auch Jugendliche mit Hauptschulabschluss zu guten Fachkräften ausgebildet werden können. Betriebe mit Besetzungsproblemen sollten in ihre Ausbildungsgestaltung von vornherein besondere Unterstützungsmaßnahmen integrieren, z.B. eine individuelle Betreuung durch die Ausbilderinnen und Ausbilder, die Besprechung von Arbeitsergebnissen, zusätzlichen innerbetrieblichem Unterricht und eine intensive Prüfungsvorbereitung.

Allerdings benötigen Betriebe auch selbst Unterstützung durch öffentliche Förderung. Sinnvoll wären – so die Autoren – hierbei insbesondere ein Ausbau ausbildungsbegleitender Hilfen und die Schaffung von Beratungsangeboten bei auftretenden Problemen (z.B. drohender Ausbildungsabbruch). Ebenfalls denkbar ist die Unterstützung von Betrieben durch externes Ausbildungsmanagement sowie die Einrichtung von Zusatzunterricht in der Berufsschule und in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss.

➤ Der BIBB Report liefert wichtige Erkenntnisse und Anregungen für die Übergangsbegleitung benachteiligter Jugendlicher

Der BIBB-Report kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_BIBBreport_2013_22.pdf

3.8 PISA-Studie 2013

Manfred Prenzel, Christine Sälzer, Eckhard Klieme, Olaf Köller (Hrsg.): PISA 2012. Fortschritte und Herausforderungen in Deutschland. Waxmann: Münster/New York/München Berlin 2013.

• Zentrales Ergebnis

Der am 3. Dezember 2013 von der OECD vorgestellten PISA-Studie zufolge, deren Schwerpunkt auf Mathematik und Naturwissenschaften lag, haben sich deutsche Schüler mit ihren Leistungen im oberen Mittelfeld behauptet; sie liegen in diesen Fächern wie auch in der Lesekompetenz nunmehr sogar etwas über dem Durchschnitt der 65 an der fünften PISA-Studie beteiligten Länder. Auch „leistungsschwache“ und sozial benachteiligte Schüler schnitten im Vergleich zu 2003 besser ab.

• Kritische Befunde für Deutschland

Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Allerdings zeigen die Ergebnisse wiederum auch deutliche Mängel des deutschen Schulsystems. So hat der neuesten PISA-Studie zufolge in Deutschland jeder dritte *Jugendliche mit Migrationshintergrund* Rechendefizite, auch wenn sich der Abstand in Mathematik zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund zumindest verringert hat: von 81 Punkten (2003) auf heute 54 Punkte; dies entspricht knapp anderthalb Schuljahren. Insgesamt erreicht fast jeder fünfte Schüler (18%) nicht mal Grundkompetenzen in Mathematik (2003: 22%). Demgegenüber steht ein etwa gleich großer Prozentsatz an Schülern (17%), die in der Lage sind, strategisch zu denken und Modelle für die Lösung komplexer Aufgaben zu finden. Die krassen Leistungsunterschiede lassen sich zu 17 Prozent mit dem sozioökonomischen Status der Schüler erklären; diese sind noch immer stärker als im OECD-Durchschnitt (15%).

Benachteiligung von Mädchen. Der Abstand von Mädchen und Jungen in Mathematik hat sich seit 2003 sogar noch vergrößert. Mädchen erreichten durchschnittlich 14 Punkte weniger (2003: neun Punkte). Im OECD-Durchschnitt betrug die Geschlechterdifferenz elf Punkte. Besonders stark ist das Gefälle demnach bei den mathematischen Spitzenleistungen: 20 Prozent der Jungen sind in Mathe Spitze, bei den Mädchen sind es nur 15 Prozent.

Mögliche Gründe hierfür sind laut Pisa-Studie, dass Mädchen im Test eine negativere Einstellung gegenüber Mathematik zeigten und ihr Vertrauen in die eigenen mathematischen Fähigkeiten geringer ist, ebenso ihre Motivation und Ausdauer beim Lernen. Schülerinnen gaben häufiger an, sich vor dem Mathe-Unterricht zu fürchten. Es sind also vor allem pädagogische Gründe, dass sich das Klischee von Mathe als „Jungsfach“ hartnäckig hält.

• Kritik an PISA

Seit Einführung der PISA-Tests hat es immer wieder auch Kritik von Experten aus den einzelnen Fachgebieten sowie von Bildungsexperten gegeben. Diese bezieht sich vor allem auf methodische Fragen, aber auch auf die Zielsetzung der PISA-Studien. Im Folgenden werden einige Kritikpunkte kurz zusammengefasst.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Experten bemängeln unter anderem, dass die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nur bedingt gegeben sei. Denn nicht in allen teilnehmenden Ländern besteht für 15- und 16-Jährige wie in Deutschland noch die Schulpflicht. Während die getestete Schülerschaft hierzulande leistungsmäßig sehr heterogen ist, fallen in anderen Nationen mutmaßlich vor allem gute Schüler in die Stichprobe, weil schwächere die Schule früher verlassen.

Methodische Defizite. Die PISA-Tests messen – wie z.B. Wolfram Meyerhöfer, Professor für Didaktik der Mathematik feststellt - zumindest in Mathematik nicht das, was sie zu messen vorgeben. Außerdem ist der PISA-Test kein präzises Messinstrument. Häufig gibt es verschiedene Lösungswege, die qualitativ sehr unterschiedlich sind. Da der PISA-Test dies nicht erfasst, sagt er nichts darüber aus, wie gut ein Schüler in Mathematik ist, sondern nur, wie gut er mit dem Test zu Recht kommt.

Ausrichtung der PISA-Tests. Wenn die Kompetenzen so beschrieben werden, dass sie in Aufgabenstellungen umgesetzt und prinzipiell mit Hilfe von Testverfahren erfasst werden können, dann heißt dies umgekehrt, dass nur noch beschrieben wird, was testbar ist. Damit wird unter der Hand das Testbare zu Bildung erklärt (Wolfram Meyerhöfer). PISA-Tests unternehmen damit aber mehr, als nur erbrachte Leistung zu messen.

Das Testbare wird zu Bildung erklärt. Ob beabsichtigt oder quasi naturwüchsig haben sich die PISA-Tests in den vergangenen Jahren in ein Projekt zur Neubestimmung von „Bildung“ und „Wissen“ verwandelt. Sie haben sich längst von einem deskriptiven zu einem normativen Projekt entwickelt, sie geben dem Schulunterricht einen neuen Inhalt und verändern seinen Zweck.

PISA und die radikale Ökonomisierung der Gesellschaft. Dem Bamberger Soziologen Richard Münch zufolge dient Bildung im Rahmen eines neuen „Bildungs-Kapitalismus“ vor allem der Produktion und Reproduktion von Human-Kapital. Ob die PISA-Tests die Dinge vergleichen, die nicht verglichen werden können; die etwas anderes prüfen, als sie zu prüfen vorgeben; deren mathematische Aufgaben sich mit Raten effizienter lösen lassen als mit Rechnen, wirklich zur Verbesserung von Human-Kapital beitragen, ist durchaus strittig. Jedenfalls gilt im Zuge der radikalen Ökonomisierung der Gesellschaften der Wettbewerb inzwischen als solcher längst als etwas schlechthin Erstrebenswertes, ganz unabhängig davon, was jeweils dabei herauskommt. Dahinter steckt der Glaube, mehr Konkurrenz sei besser als weniger Konkurrenz. Doch das ist nichts anderes als moderner Aberglaube.

Zusammenfassende Informationen zur neuen PISA-Studie siehe unter:

<http://www.pisa.tum.de/>

Die gesamte PISA-Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtband_und_Zusammenfassung_2012/PISA_EBook_ISBN3001.pdf

Kritisch zur PiISA-Studie siehe z.B. Thomas Steinfeld in der SZ vom 2.12.2013, S. 9:

<http://www.sueddeutsche.de/bildung/pisa-studie-moderner-aberglaube-1.1832779>

- Für die Jugendsozialarbeit sind hier vor allem zwei Aspekte wichtig: (a) die fortbestehende soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems; (b) die Hinweise auf das spezifische Bildungsverständnis der OECD.
-

(4)**Laufende bildungspolitische Studien****4.1 Nationales Bildungspanel**

Nachfolgend wird auf einige Forschungsprojekte hingewiesen, die im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS) durchgeführt werden.

Laufende Forschungsprojekte**Bildungsübergänge und soziale Ungleichheit im Lebensverlauf**

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das Hauptziel des Projekts besteht in der Abschätzung und Bestimmung des Einflusses, den verschiedene Bildungsübergänge und Bildungsetappen auf die soziale Ungleichheit im letztendlich erreichten Bildungsniveau und bei der Arbeitsmarktplatzierung haben. Die Bedeutung der Bildungsübergänge soll zudem über mehrere Kohorten verglichen werden.

**Ungleichheit von Bildungsaspirationen
nach sozialer Herkunft und Migrationshintergrund**

Universität Kassel

Das Hauptziel des Projektes liegt in der Analyse der Determinanten von Bildungsaspirationen, deren Entwicklung im Laufe der Bildungsbiographie sowie der Umsetzung von Aspirationen in Bildungsergebnisse. Insbesondere sollen die diesbezüglich vorliegenden Unterschiede nach sozialer Herkunft und Migrationshintergrund erklärt werden.

Institutionelle Rahmenbedingungen und ethnische Ungleichheiten beim Schulbeginn

Goethe-Universität Frankfurt am Main

In dem Projekt soll der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Wahrscheinlichkeit einer Rückstellung von der Einschulung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund untersucht werden. Kinder mit Migrationshintergrund werden überproportional häufig von der Einschulung zurückgestellt. Mit dem Ziel einer Reduktion der Rückstellungsquoten insgesamt sowie einer Senkung des Schuleintrittsalters wurden in einigen Bundesländern der Stichtag, bis zu dem ein Kind im laufenden Jahr schulpflichtig wird, ausgedehnt oder die Möglichkeit für eine Rückstellung auf ausschließlich medizinische Gründe beschränkt. Ob solche Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit für eine Rückstellung für alle Kinder gleichermaßen verringern oder bestehende Ungleichheiten, beispielsweise zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, verstärken, wurde bislang nicht untersucht. Ziel des Projekts ist es, dieser Frage nachzugehen.

Bildungsberichterstattung, Indikatorenforschung zum Nationalen Bildungsbericht

DIPF

Im Rahmen der nationalen Bildungsberichterstattung wird über die Bildungsbereiche hinweg eine evaluative Gesamtschau über Bildungsangebote, Beteiligung, Übergang, Kompetenzen, Abschlüsse und Erträge gegeben. NEPS-Daten erweitern die Datenbasis um wichtige (bildungs)biographische Analysen.

Nähere Informationen zu den einzelnen Forschungsprojekten sind erhältlich beim NEPS unter:
<https://www.neps-data.de/de-de/datenzentrum/forschungsprojekte.aspx>

4.2 Dossier „Zukunft Bildung“

„Zukunft Bildung“ heißt das neue Online-Dossier, das vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung erstellt und von der Jacobs Foundation gefördert wurde. Mit Hilfe von Texten, Videos und Grafiken werden bildungspolitische Debatten für ein breites Publikum aufbereitet und Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen der Bildungsforschung zusammengetragen.

In diesem Dossier werden die unzähligen Einzelthemen und Gesichtspunkte, die in aktuellen Diskussionen auftauchen, für alle Bildungsinteressierten aufbereitet und in einen größeren Zusammenhang gebracht. Die Beiträge geben einen Überblick darüber, wer in den verschiedenen Bildungsbereichen mitmischt. Es werden Problemlagen und bildungspolitische Streitfragen aufgegriffen und Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zusammengetragen, die für ihre Bewertung relevant sind. Und das Dossier wirft einen Blick in die Vergangenheit, denn viele Auseinandersetzungen werden schon seit Jahrzehnten geführt. Ihre Wurzeln zu kennen, hilft sie besser zu verstehen.

Nicht zuletzt kommen die Lernenden selbst zu Wort. Die Kapitel und Beiträge des Dossiers blicken in die einzelnen Bildungsbereiche vom Kindergarten bis zur Universität: Wie viel Bildung sollte schon im Kindergarten stattfinden? Ist Sitzenbleiben sinnvoll? Worin liegen die Stärken und worin die Schwächen der deutschen Berufsausbildung? Sind Studiengebühren gerecht oder ungerecht? Außerdem widmet sich das Dossier wichtigen Querschnittsthemen: Wie lernen wir am besten? Warum produziert das Bildungssystem soziale Ungleichheit? Welche Rolle spielt Bildung als Wirtschaftsfaktor? Wie demokratisch sind unsere Bildungseinrichtungen?

- Für alle, die sich im Rahmen von Jugendsozialarbeit mit dem Thema Bildung befassen, eine wichtige Quelle der Information und Reflexion.

Die einzelnen Beiträge finden sich online unter:

<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/>

Quelle:

Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Zukunft Bildung

(5)**Neue Programme des Bundes und der Länder****5.1 Bund – Export von (Berufs-)Bildungsangeboten**

Um ihre internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung künftig zu bündeln und weiter zu stärken, errichtet die Bundesregierung auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation. Sie ist am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn angesiedelt.

Mit der Zentralstelle sollen dauerhafte Strukturen für die internationale Berufsbildungskoooperation aufgebaut werden, um gemeinsam zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Europa beizutragen und um die Ausbildung von Fachkräften weltweit zu fördern.

In der Zentralstelle werden künftig alle internationalen Berufsbildungskoooperationen der Bundesregierung zusammengeführt. Zunächst entstehen bilaterale Arbeitsgruppen des BMBF mit den europäischen Ländern Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakei und Spanien. Gemeinsam mit den Partnern vor Ort identifizieren sie in den kommenden Monaten so genannte „Leuchtturmprojekte“, beispielsweise Betriebe, die sich in der Ausbildung von jungen Menschen besonders engagieren, oder Bildungseinrichtungen, die für die theoretische Ausbildung geeignet sein könnten. In diesen Pilotprojekten werden beispielhaft praxisnahe Ausbildungselemente eingeführt, die anschließend flächendeckend zu einer Änderung des Ausbildungssystems führen sollen. Dies hatten die europäischen Partnerstaaten bei der BMBF-Ministerkonferenz im Dezember 2012 in Berlin vereinbart.

Gleichzeitig startet das BMBF zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Kürze ein Strategieprojekt, in dem elf Deutsche Auslandshandelskammern (AHKs) Berufsbildungsprojekte nach dem deutschen Modell der dualen Ausbildung initiieren werden. In Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakei und Spanien sowie den aufstrebenden Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Thailand werden Ansprechpartner in den AHKs vor Ort insbesondere die ansässigen Unternehmen unterstützen. Dieses BMBF/DIHK-Strategieprojekt und die Aktivitäten der Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperationen sollen sich ergänzen.

Grundlage dieser internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand ist das Strategiepapier der Bundesregierung vom 3. Juli 2013. Die an der internationalen Berufsbildungskoooperation beteiligten Bundesministerien sowie Vertreter der Bundesländer und von Sozialpartnern und Institutionen stimmen sich regelmäßig im Rahmen eines Runden Tisches ab.

Weitere Informationen unter:

<http://www.bmbf.de/de/17127.php>

sowie in dem Dossier „Internationale Bildungszusammenarbeit“

<http://www.bmbf.de/de/20412.php>

Quelle:

BMBF Pressemitteilung 109/2013 vom 12.09.2013

5.2 Niedersachsen – Modellprojekte betrieblicher Ausbildung

Das Land Niedersachsen fördert seit April 2012 bis Juni 2015 Modellprojekte im Bereich der betrieblichen Ausbildung. Diese sollen auf eine Verbesserung der Lage auf dem niedersächsischen Ausbildungsstellenmarkt, eine nachhaltige Fachkräftesicherung durch betriebliche Ausbildung sowie eine Steigerung der Qualität und Attraktivität der Berufsausbildung abzielen.

Förderfähig sind regionale Projekte, insbesondere mit folgenden Schwerpunkten:

- 1) Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen – vor allem für benachteiligte Bewerberinnen und Bewerber, Altbewerberinnen und Altbewerber oder für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund
- 2) Verbesserung des Matchings zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und freien Ausbildungsstellen
- 3) Beratung und Unterstützung von Betrieben bei der Schaffung und Besetzung von betrieblichen Ausbildungsplätzen sowie Entwicklung betrieblicher Modelle zur Rekrutierung von geeigneten Auszubildenden
- 4) Ausbildungsbegleitung insbesondere mit dem Ziel, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden
- 5) Coaching der Auszubildenden zur Verbesserung des Einstiegs in die Berufsausbildung
- 6) Berufemarketing für Branchen mit hohem Fachkräftebedarf, insbesondere für Betriebe mit zukunftssträchtigen, bei Jugendlichen jedoch unbekanntem bzw. wenig nachgefragten Ausbildungsberufen oder in Bezug auf neue bzw. neugeordnete Berufe
- 7) Kampagnen zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung insgesamt oder von einzelnen zukunftssträchtigen Berufen, die sich insbesondere an Realschülerinnen und Realschüler richten
- 8) Aufbau von Netzwerken der regionalen Ausbildungsmarktakeure
- 9) Durchführung von Studien durch ausgewiesene wissenschaftliche Einrichtungen in Form abgegrenzter Forschungsprojekte zur Ermittlung des zukünftigen Ausbildungs- oder Fachkräftebedarfs in einzelnen Branchen, Berufen und/oder Regionen
- 10) Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung in der Ausbildung im Betrieb
- 11) Verbesserung der Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- 12) Beratung und Unterstützung von Betrieben zu familienfreundlichen Ausbildungsformen und zur Erhöhung des Frauenanteils in insbesondere gewerblich-technischen Berufen.

Weitere Informationen unter

http://www.nbank.de/Unternehmen/Arbeitsmarkt/Arbeits_und_Ausbildungsplaetze/Modellprojekte_betriebliche_Ausbildung.php

(6) Zahlenspiegel

6.1 Arbeit und Soziales

Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem im November erschienenen Datenreport 2013 zu Arbeit und Sozialem im Überblick:

- In Deutschland gibt es **so viele Erwerbstätige wie nie zuvor**. Im vergangenen Jahr hatten 41,6 Millionen Menschen einen Job.
- Dennoch haben **mehr Menschen mit Armut zu kämpfen** als in den vergangenen Jahren. 2011 lag der Anteil armutsgefährdeter Personen in Deutschland bei 16,1%, ein Anstieg um 0,9 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2007. Als armutsgefährdet gilt in diesem Zusammenhang, wer im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung eine festgelegte Einkommensgrenze unterschreitet.
- **Besonders armutsgefährdet** waren 2010 zwei Altersgruppen: 19% der 18- bis 24-Jährigen und 20,4% der 55- bis 64-Jährigen. Die Armutsgefährdung junger Menschen lässt sich damit erklären, dass sie sich oft noch in einer Ausbildung oder erst am Anfang ihres Berufslebens befinden.
- In zwei Altersgruppen zeigt sich zudem: **Frauen sind öfter von Armut betroffen als Männer**. So waren fast 22% der jungen Frauen armutsgefährdet, unter den gleichaltrigen Männern waren es nur 16,2%. Ähnlich hoch war der Geschlechterunterschied bei 65-Jährigen und Älteren: 16,2% der Frauen und nur 12% der Männer waren von Armut betroffen.
- **Die dauerhafte Armut hat zugenommen**. Als arm galt 2011, wer weniger als 980 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Von den im Jahr 2011 armutsgefährdeten Personen waren mehr als ein Drittel bereits in den fünf Jahren zuvor arm.
- **Mögliche Gründe für das zunehmende Armutsrisiko** trotz Beschäftigungsbooms könnten in der Art der Jobs liegen. Das Arbeitsvolumen ist niedriger als etwa 1991. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten stetig abgenommen. Jeder fünfte Erwerbstätige hatte 2012 eine atypische Beschäftigung, also etwa eine Zeitarbeit oder Teilzeitarbeit.
- **Armut hat Auswirkungen auf die Gesundheit** der Menschen. So liegt die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern in der niedrigsten Einkommensgruppe bei der Geburt fast elf Jahre unter der von Männern der hohen Einkommensgruppe. Bei Frauen beträgt die Differenz immerhin acht Jahre.
- **Arm und Reich driften weiter auseinander**. Das zeigt zum Beispiel der Unterschied in der Verteilung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte. Er hat sich in Deutschland erhöht. Die ärmsten 20% der Bevölkerung verfügten 2011 nur über 9% des monatlichen Gesamteinkommens. Die reichsten 20% hingegen hatten fast 37% davon zur Verfügung.
- **Die Aufstiegschancen sind schlechter geworden**. Das Risiko, im einkommensschwächsten unteren Fünftel der Bevölkerung zu bleiben, hat sich von 54% in den Neunziger Jahren auf 64% (2007-2011) erhöht. Für die 20% der reichsten Deutschen sind die Abstiegsrisiken gesunken.
- **Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit**. Die Zahlen zeigen: 2012 waren 11,7% der Personen ohne berufliche Qualifikation erwerbslos, aber nur 2,5% derjenigen mit einem Hochschulabschluss. Insgesamt waren 2012 in Deutschland 2,3 Millionen Menschen erwerbslos.

Quelle:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/datenreport-mehr-armut-trotz-beschaefigungsrekords-1.1828048>

6.2 Ausbildung behinderter Jugendlicher

DGB: arbeitsmarktaktuell Nr. 5/2013

In seiner jüngsten Ausgabe von Arbeitsmarkt aktuell gibt der DGB einen Überblick über die Entwicklung der Zahlen junger Menschen mit einer Behinderung in einer betrieblichen Berufsausbildung.

Die in der Übersicht vorgestellten Zahlen zeigen: Junge Menschen mit einer Behinderung absolvieren nur selten eine Berufsausbildung im Betrieb. Die Hürden für eine betriebliche Ausbildung sind für behinderte Jugendliche oft sehr hoch. Stellenausschreibungen, Bewerbungsverfahren und die Ausbildung selbst sind zu selten auf ihre individuellen Fähigkeiten ausgerichtet. Nachdem die Unternehmen jahrelang eine Bestenauslese betreiben konnten, fällt es ihnen oftmals schwer, sich auf Ungewohntes einzulassen.

Im Einzelnen wird ein Überblick gegeben über:

- (1) Entwicklung der Zahlen behinderter Jugendlicher
- (2) Entwicklung der Behinderungsarten
- (3) Entwicklung der Schulabschlüsse
- (4) Berufsorientierung in der Schule
- (5) Übergang Schule/Beruf
- (6) Ausbildungshemmnisse aus Sicht der Unternehmen und Jugendlichen
- (7) Erwerbslosigkeit behinderter Jugendlicher
- (8) Finanzierung der Ausbildung
- (9) Zusammenfassung

Abschließend macht der DGB Vorschläge, wie es gelingen kann, dass mehr junge behinderte Menschen eine duale Ausbildung im Betrieb absolvieren können.

Herunterzuladen unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++5b50e468-51e9-11e3-89a6-00188b4dc422>

6.3 Immer weniger männliche Lehrer in NRW

An den Schulen in Nordrhein-Westfalen unterrichten immer weniger männliche Lehrer. Im Jahr 2012 war nur noch jeder dritte Unterrichtende ein Mann, teilte das statistische Landesamt in Düsseldorf mit. Im Vergleich zu 1996 ist der Männeranteil damit um fast 25 Prozent zurückgegangen. Besonders wenig männliche Lehrer arbeiten an Grundschulen. Dort beträgt ihr Anteil neun Prozent. 1996 waren es noch annähernd 15 Prozent. Den höchsten Männeranteil weisen die Gymnasien auf. Doch auch dort sind die Männer in der Minderheit: Waren 1996 noch knapp 59 Prozent aller Gymnasiallehrer männlich, lag der Anteil im vergangenen Jahr bei 44 Prozent.

Quelle:

<http://www.news4teachers.de/2013/11/immer-weniger-maennliche-lehrer-in-nrw/>

6.4 Hohe Zahl von Studienanfängern

Im Studienjahr 2013 haben über 506.600 junge Menschen, darunter rund die Hälfte junge Frauen, ein Studium aufgenommen. Nach dem Rekordjahr 2011 ist das der zweithöchste Stand. Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes stieg die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger im Vergleich zum Jahr 2012 um 2 Prozent. In den beiden Ländern mit doppeltem Abiturjahrgang war der Anstieg erwartungsgemäß überdurchschnittlich (Hessen plus 10 Prozent, NRW plus 8 Prozent). Dagegen kam es in den Ländern, in denen die doppelten Abiturjahrgänge bereits 2012 die Hochschulen erreicht hatten, zu Rückgängen (Brandenburg minus 15 Prozent, Bremen minus 4 Prozent, Baden-Württemberg minus 3 Prozent und Berlin minus 2 Prozent). Auch die neuen Länder verzeichneten insgesamt Rückgänge.

Seit 2000 ist die Zahl der Studierenden um knapp eine Million auf nunmehr 2,6 Millionen im Wintersemester 2013/14 gestiegen. Insbesondere in technischen Fächern wie Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik, Elektrotechnik und Bauingenieurwesen ist die

Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger an Universitäten gewachsen. Besonders hoch ist bei einem Vorjahresvergleich der Anstieg der Studienanfängerinnen in der Informatik an Universitäten (plus 20 Prozent) sowie in der Elektrotechnik an Fachhochschulen (plus 16,5 Prozent).

Weitere Informationen unter:

<http://www.bmbf.de/de/6142.php>

Quelle:

BMBF Pressemitteilung 132/2013 vom 26.11.201

6.5 Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich

IAB-Kurzbericht 15/2013: Erwerbseinkommen: Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich (von Thomas Rhein)

In Deutschland verdiente im Jahr 2010 knapp ein Viertel aller Beschäftigten weniger als 9,54 Euro brutto pro Stunde. Damit ist der Anteil der Geringverdiener hierzulande größer als in anderen westlichen EU-Ländern. Wenn man ausschließlich Vollzeitbeschäftigte berücksichtigt, ist der Anteil in Deutschland mit rund einem Fünftel etwas niedriger, aber im Vergleich immer noch relativ hoch.

Abstract, Grafiken und Volltext-Download unter:

<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k130722301>

6.6 Ungleichheit der Einkommen

Brigitte Unger, Reinhard Bispinck, Toralf Pusch, Eric Seils, Dorothee Spannagel: Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht

Die Einkommen in Deutschland sind heute deutlich ungleicher verteilt als vor zehn oder 20 Jahren. Besonders stark hat sich die Schere zwischen 2000 und 2005 geöffnet. Zwar gibt es Hinweise darauf, dass die Ungleichheit seitdem wieder etwas abgenommen hat: Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist nach jahrzehntelanger Erosion wieder angestiegen. Eine echte Trendwende ist aber noch nicht erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieses Berichts findet sich unter:

http://www.gib.nrw.de/service/newsletter/gib-newsletter/newsletter_archiv/g-i-b-newsletter-nr-276/und_sonst/ungleichheit-der-einkommen-wsi-verteilungsbericht-2013

Den gesamten Bericht kann man herunterladen unter:

http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_10_2013.pdf

6.7 Dokumentation der Initiative Jugend(ar)mut

Die Initiative Jugend(ar)mut der BAG KJS hat das Thema Jugendarmut seit 2009 in die öffentliche Debatte getragen. Ziel ist es, auf die Situation der von Armut und Ausgrenzung betroffenen jungen Menschen aufmerksam zu machen und dem Thema ein Gesicht zu geben. Sie will sowohl Öffentlichkeit und Politik sensibilisieren, als auch zu einer Weiterqualifizierung der Jugendsozialarbeit beitragen.

Der Monitor Jugend(ar)mut in Deutschland zeigt, dass Jugendarmut zwar vor allem in den Städten verbreitet ist, aber auch in ländlichen Regionen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat.

Die Dokumentation der Initiative kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendarmut.info/media/raw/BAG_KJS_Dokumentation_RZ_Ansicht.pdf

(7)**Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden****7.1 Anforderungen an eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik (BAG Arbeit)**

In ihrem Positionspapier vom 25.10.2013 kritisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, das SGB II werde seiner sozialen Verantwortung nicht mehr gerecht. Durch die Einschränkung der Angebote zur Arbeitsmarktintegration würden langzeitarbeitslose Personen ausgegrenzt. Sie fordert deshalb u.a. eine Aufstockung des Eingliederungstitels und die Beschäftigung von 400.000 Menschen im Rahmen eines sozialen und integrativen Arbeitsmarktes.

Im Einzelnen stellt die die BAG Arbeit fest:

Die Mittel im Eingliederungstitel wurden seit 2010 um 2,7 Mrd. Euro reduziert. Eine konstante und hohe Anzahl langzeitarbeitsloser Menschen kann auf Grund der Mittelkürzung nicht mehr adäquat qualifiziert und beschäftigt werden. Das SGB II wird so seiner sozialen Verantwortung nicht gerecht.

Im Gegenteil: Durch die Sparpolitik wurden die Angebote zur arbeitsmarktlichen Integration und Teilhabe deutlich eingeschränkt und damit langzeitarbeitslose Personen systematisch ausgegrenzt. Obwohl die Bundesagentur für Arbeit selbst auf den hohen Betreuungsaufwand dieser Personengruppe verweist, wurde das Pro-Kopf-Budget im Vergleich zu 2008 um 28 Prozent von 1.277 Euro auf 922 Euro reduziert.

Will man eine dauerhafte Abkopplung und Marginalisierung dieses Personenkreises verhindern, muss das SGB II gezielter auf arbeitsmarktferne Personen ausgerichtet werden.

Im Fokus stehen zwei Gruppen, die rund 60% der Langzeitarbeitslosen umfassen:

- (a) Menschen, die sinnvolle und bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Integrationsangebote benötigen, um mittelfristig in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.
- (b) Menschen, für die auf Grund ihrer individuellen Problemlagen die Arbeitsaufnahme kein vorrangiges Ziel ist und die über die Schaffung von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten langfristig wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden müssen.

Dies macht folgende Reformen nötig:

- Die Aufstockung des Eingliederungstitels um 2 Mrd. Euro pro Jahr. Fachleute fordern seit langem, die Kürzungen im Eingliederungstitel zurückzunehmen und die chronische Unterfinanzierung der Haushalte der Jobcenter aufzuheben. Die Qualität der Integrationsangebote muss verbessert werden, um Langzeitarbeitslosen eine echte Chance auf Teilhabe und Beschäftigung zu ermöglichen.
- Die getrennte Ausweisung von Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II und von Verwaltungskosten im Rahmen des Eingliederungstitels, um verlässlich und nachhaltig auf der Ebene der arbeitsmarktlichen Instrumente Maßnahmeangebote finanzieren zu können. Die Jobcenter haben in den letzten Jahren beständig ihre Verwaltungsausgaben zu Lasten der operativen Mittel erhöht.
- Die Erleichterung der Übertragbarkeit nicht verausgabter Mittel eines Haushaltsjahres in das Folgehaushaltsjahr.
- Die dauerhafte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 400.000 Menschen im Rahmen eines sozialen und integrativen Arbeitsmarktes. Die Bundesagentur für Arbeit geht von 400.000 langzeitarbeitslosen Menschen aus, die nicht ohne massive Unterstützung in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern sind. Die Politik diskutiert derzeit über 100.000 bis 200.000 Plätze im Rahmen eines sozialen und integrativen Arbeitsmarktes. Dies ist angesichts des tatsächlichen Bedarfs zu wenig. Deshalb sollten bundesweit mindestens 400.000 Plätze eingerichtet werden. In diese Maßnahmen sind dann sowohl Qualifizierungs- wie Coachingangebote integriert, um die Beschäftigungsfähigkeit effektiv und nachhaltig und ohne zusätzlichen administrativen Aufwand verbessern zu können.

- Den Wegfall der Kriterien Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität. Langzeitarbeitslose Menschen in Beschäftigung verdrängen keine regulären Arbeitsplätze. Die Kriterien Wettbewerbsneutralität und Zusätzlichkeit behindern lebens- und beschäftigungsnahe Trainingsprozesse und treiben Blüten wie Übungssupermärkte mit Plastikgurken und Spielgeld. Deshalb muss darauf verzichtet werden.
- Die dauerhafte Einbeziehung von Fachverbänden in die Diskussionen der Beiräte der Jobcenter unter der Voraussetzung, dass lokal relevante Förderentscheidungen auch tatsächlich von lokalen Akteuren (den einzelnen Jobcentern) getroffen werden.
- Die weitere Monopolisierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente durch und bei der Agentur für Arbeit muss gestoppt werden. Genutzt werden muss die Expertise von Trägern der lokalen Arbeitsmarktpolitik, zu denen auch die Beschäftigungs- und Weiterbildungsunternehmen gehören.
- Die Neugestaltung des Ausschreibungsverfahrens zum Einkauf von Arbeitsmarktdienstleistungen im Sinne der Verbesserung der Qualität von Maßnahmen.

Die BAG Arbeit schlägt vor, im Anschluss an ein Interessenbekundungsverfahren in der Regel beschränkt auszuschreiben oder frei zu vergeben. Alle Förderinstrumente sind gemäß vorliegenden Bedarfen miteinander frei kombinierbar. Ausschreibende Stelle und Vertragspartner ist das jeweilige Jobcenter bzw. die jeweilige Arbeitsagentur.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bagarbeit.de/data/Themen/Neuausrichtung-AMP-bag-arbeit.pdf>

7.2 Stellungnahme des BIBB zur neuen OECD-Bildungsstudie (BIBB)

Als Konsequenz aus der neuesten Bildungsstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Bildungsstand Erwachsener hat der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Friedrich Hubert Esser, dazu aufgerufen, mehr in die berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland zu investieren, insbesondere die Nachqualifizierung An- und Ungelernter verstärkt zu fördern sowie den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf weiter zu verbessern. „Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist das Fundament, auf dem die Stärke und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht. Sie macht im internationalen Vergleich den entscheidenden Vorteil aus“, betont Esser. „Um den Bildungsstand Erwachsener nachhaltig zu verbessern, muss vor allem ein systematischer Ausbau berufsbezogener Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führen.“

Daher sei es besonders wichtig, in der jetzt beginnenden neuen Legislaturperiode verstärkte Anstrengungen bei der Weiterbildung Ungelernter und Geringqualifizierter zu unternehmen. „Hier liegt ein weitgehend noch ungenutztes Potenzial, das es zu erschließen gilt, um die Fachkräftelücke zu verringern“, so Esser. „Alle Beteiligten - Politik, Wirtschaft, aber auch die Menschen selbst - müssen der beruflichen Weiterbildung künftig einen höheren Stellenwert beimessen.“

Bei allen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Erfolgen der vergangenen Jahre sei es letztendlich nicht gelungen, die hohe Quote der jungen Menschen ohne Berufsabschluss entscheidend zu senken. „Deshalb muss dies ein strategisches Ziel für die nächsten vier Jahre werden, um das überproportionale Arbeitslosigkeitsrisiko dieser Personengruppe zu verringern“, erklärt der BIBB-Präsident. Zurzeit hat etwa jeder siebte junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren (14,7%) keinen Berufsabschluss; dies entspricht rund 2,15 Millionen Menschen.

Herunterzuladen unter:

http://www.bibb.de/de/65355.htm?pk_campaign=Newsletter&pk_kwd=BIBBaktuell_10%2F2013-PRAXIS

Quelle:

BIBB-Pressemitteilung 42/ 2013. Bonn, 09.10.2013

7.3 Agenda für Ausbildung und Teilhabe (Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

In seinem Positionspapier „Agenda für Ausbildung und Teilhabe: Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen!“ fordert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die neue Bundesregierung auf, eine Ausbildungs- und Fördergarantie für alle Jugendlichen in das Regierungsprogramm aufzunehmen und zeitnah umzusetzen. Damit könne eine notwendige Weichenstellung für eine kohärente Förderung am Übergang Schule-Beruf erfolgen, die zukünftig verhindert, dass junge Menschen langfristig ohne berufliche Qualifikation bleiben.

Mit einer Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen ginge die Politik neue Wege. Die Bundesregierung würde damit wesentliche Signale setzen, eine echte „Jugendgarantie“, wie sie in ganz Europa dringend gebraucht wird, konkret und verbindlich umzusetzen, und der nachwachsenden Generation die Chancen auf dem Arbeitsmarkt einzuräumen, die ihr zustehen. Im Rahmen einer neuen Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik würde sich die Bundesregierung verpflichten, dafür zu sorgen, dass jederzeit genügend Ausbildungsstellen für alle Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Die gesamte Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Positionspapier_Ausbildungsgarantie_umsetzen.pdf

7.4 Junge Frauen – zwischen gut gebildet und abgehängt (In VIA)

In seiner Pressemitteilung vom 10. Oktober 2013 kritisiert der Katholische Frauenverband IN VIA die einseitige öffentliche Wahrnehmung der Situation junger Frauen und fordert eine verlässliche Finanzierung von Mädchensozialarbeit. Denn: Mädchen und junge Frauen in Deutschland sind trotz guter Bildungsabschlüsse bis heute zu häufig in Berufen mit geringen Aufstiegschancen sowie schlechter Entlohnung tätig.

IN VIA fordert deshalb eine Differenzierung der Genderdiskussion. In den letzten Jahren wurde in Deutschland ein gesellschaftliches Bild entworfen, das Mädchen auf vielen Ebenen gegenüber Jungen im Vorteil sieht. Zwar haben Mädchen bezüglich ihrer Bildungschancen tatsächlich Entscheidendes aufgeholt. Ausgeblendet wird aber, dass sie gleichzeitig immer noch vielen gesellschaftspolitischen, teils auch kulturellen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Dass Mädchen bessere schulische Leistungen erbringen führt nicht dazu, dass sie auch bei der Berufswahl und im Erwerbsleben gleiche Teilhabechancen haben. Ihre Chancen sind schon beim Berufseinstieg eingeschränkt. Zu viele junge Frauen finden sich am Ende in prekärer, gering entlohnter Beschäftigung oder in Minijobs wieder. Das Armutsrisiko von jungen Frauen ist deutlich höher als das von jungen Männern, vor allem, wenn sie Kinder haben. Zusätzlich benachteiligt sind junge Migrantinnen. Selbst bei gleicher Qualifikation und noch stärkeren Bewerbungsbemühungen haben sie erheblich schlechtere Chancen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu bekommen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet den Gesetzgeber, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen und entsprechend Mädchengerechte Angebote vorzuhalten. Angebote der Mädchensozialarbeit wurden aber in den letzten Jahren weiter gestrichen, während Angebote für Jungen ausgebaut werden. IN VIA fordert deshalb die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, das heißt, eine zuverlässige Finanzierung und institutionelle Verankerung der Mädchensozialarbeit.

Die gesamte Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.invia-deutschland.de/>

7.5 Bei der Vergabe soll Qualität den Ausschlag geben (Kooperationsverbund)

In seinem Positionspapier vom September 2013 kritisiert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die zentrale Vergabep Praxis durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und bemängelt, dass die Auswahlkriterien die Qualität der Fördermaßnahmen beeinträchtigen. Dabei weist er auf eine Studie hin, die zeigt, dass das europäische Vergaberecht jenseits des „deutschen Weges“ durchaus erheblich mehr Spielräume zulässt.

Der Kooperationsverbund plädiert für ein neues, dezentrales Vergabeverfahren. Sowohl die Kompetenz der Träger als auch die angemessene Beteiligung der Jugendlichen bei der Leistungserbringung sollen dabei berücksichtigt werden. Über transparente und objektive, gemeinsam festgelegte Prüfkriterien könnten Träger mit besonderer Erfahrung und Kompetenz mit der Förderung der jugendlichen Zielgruppe und in der regionalen Struktur langfristig beauftragt werden.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit begrüßt zwar die Bereitschaft der Bundesregierung, das Vergabeverfahren zu verbessern, doch müssten die Veränderungen umfassender sein, damit die erheblichen negativen Auswirkungen der aktuellen Vergaberegulation tatsächlich behoben werden. Die Qualität der Arbeit solle ebenso mehr Gewicht erhalten wie die regionalen Strukturen. Wirtschaftlichkeit müsse neu definiert, Kontinuität und eine angemessene Bezahlung gesichert werden. Dies sei nur durch längere Vertragslaufzeiten oder Rahmenvereinbarungen zu erreichen.

Die Positionspapier kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Positionspapier_Vergabe_veraendern_Qualitaet_foerdern_20092013.docx-1.pdf

7.6 Aktionsrat fordert Ganztagsgrundschule für alle (Aktionsrat Bildung)

Der Aktionsrat Bildung hält ein flächendeckendes Angebot von rhythmisierten Ganztagsgrundschulen für notwendig. Er hat daher jetzt die Kultusministerkonferenz aufgefordert, einen Handlungsplan für die kommenden fünf bis zehn Jahre nach dem Motto „mehr Rhythmisierung statt Betreuung“ vorzulegen.

Diese Forderungen leiten sich aus dem neuen Gutachten „Zwischenbilanz Ganztagsgrundschulen: Betreuung oder Rhythmisierung?“ ab, das der Aktionsrat Anfang November 2013 vorgestellt hat. Dem Gutachten zufolge sollten zukünftig länderübergreifende pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards ein einheitliches Niveau beim Auf- und Ausbau rhythmisierter Ganztagsgrundschulen sicherstellen. Diese stärken die individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Die Empfehlungen des Aktionsrats Bildung sowie das Gutachten sind abrufbar unter:

www.vbw-bayern.de/Ganztagsgrundschulen

7.7 Handlungsbedarfe an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitswelt (AGJ)

Noch immer sind die Schnittstellen im Übergang von der allgemeinbildenden Schule zur beruflichen Bildung durch zahlreiche Hürden gekennzeichnet. Ein Grund hierfür liegt in der Vielzahl von unterschiedlichen Institutionen und Verantwortungsebenen in der Bildungslandschaft mit den jeweils sehr unterschiedlichen Sichtweisen auf die jungen Menschen in den Rechtskreisen.

Ausgehend von einer ganzheitlichen Perspektive auf die Entwicklung junger Menschen möchte die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) mit dem vorliegenden Diskussionspapier aktuelle Handlungsbedarfe an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitswelt aufzeigen.

Das Diskussionspapier kann heruntergeladen werden unter:

[http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=1387&cHash=d4955df3ead142d96219be0a518f7616](http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=1387&cHash=d4955df3ead142d96219be0a518f7616)

(8)**Besondere Literaturempfehlungen****8.1 Arnulf Bojanowski, Martin Koch, Günter Ratschinski, Ariane Steuber (Hg.): Einführung in die Berufliche Förderpädagogik. Pädagogische Basics zum Verständnis Jugendlicher. Münster: Waxmann Verlag 2013, 288 Seiten**

Das Buch versucht, die verschiedenen zusammenhanglosen Teile einer Pädagogik, die sich vorrangig mit der Förderung benachteiligter Jugendliche befasst, begrifflich zu fassen und systematischer zusammenzuführen.

- Ein nützliches Buch für alle, die im Rahmen der Jugendsozialarbeit mit der Förderung benachteiligter Jugendlicher befasst sind.

8.2 Tim Brüggemann, Sylvia Rahn (Hg.): Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Münster: Waxmann Verlag 2013, 372 Seiten

Das Buch stellt Berufsorientierung als interdisziplinäres Forschungs- und Handlungsfeld in den wichtigsten theoretischen Konzepten und ihren methodischen Ausprägungen vor. Zur Thematik des Übergangs Schule – Beruf werden neben dem interdisziplinären Überblick der aktuelle wissenschaftliche Stand und Maßnahmen und Instrumente der Berufsorientierung beschrieben.

- Ein nützliches Buch für alle, die im Rahmen der Jugendsozialarbeit, aber auch in der Schule mit Berufsorientierung befasst sind.

8.3 Martin Staiger: Abbau per Verwaltungsakt: Vom Sozial- zum Bittstellerstaat. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013, S. 69-74

Seit den Hartz-Reformen werden die Bezieher von Sozialleistungen von den zuständigen Ämtern und Behörden immer mehr wie Bittsteller und immer weniger als Bürgerinnen und Bürger behandelt. Rechtliche Ansprüche, so der Theologe und Sozialrechtler Martin Staiger, werden geradezu systematisch unterlaufen und damit die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft staatlicher Willkür ausgesetzt.

- Ein wichtiger Aufsatz für alle, die in der Jugendsozialarbeit mit ALG-II-Beziehern arbeiten, weil er zeigt, wie Kommunen und Behörden die gesetzlich garantierten Rechtsansprüche unterlaufen. Ein unverzichtbarer Beitrag, wenn man dem entgegenwirken will.

8.4 Ingrid Müller-Münch: Die geprügelte Generation. Kochlöffel, Rohrstock und die Folgen. Piper Taschenbuch, München, Oktober 2013, 284 Seiten

Ein Großteil der deutschen Nachkriegskinder ist ins Leben hineingepügelt worden. Prügelorgien prägten die Erziehung in den 1950er- und 1960er-Jahren. Wieso griffen Eltern damals so leicht zu Rohrstock und Kochlöffel? Welche Rolle spielte das Erbe der NS-Zeit? Was wurde aus diesen Kindern, die lange Jahre ihres Lebens mit dem Gefühl durch die Welt gingen: Die Eltern mögen mich nicht, ich bin ein Nichts! Und wie geht es den Opfern heute? Wie beeinflussen die demütigenden Schläge die Gefühle, den Alltag und die Beziehungen einer ganzen Generation bis heute?

Mit vielen Fallbeispielen zeigt die Autorin eine schrecklich normale Realität. Und sie ergründet die gesellschaftlichen Auswirkungen. Mit einem Blick auf Gegenwart und Vergangenheit beschreibt dieses Buch, wie sich der Vertrauensbruch der Eltern auf die Biografie der Kinder ausgewirkt hat.

- Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion über Bildung und Erziehung. Es sensibilisiert für die alltägliche (seelische) Gewalt, die Kindern und Jugendlichen auch heute noch oftmals erleiden müssen, auch wenn sie nicht (mehr) gepügelt werden.

8.5 Ludwig von Friedeburg: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt am Main 1992

Von Friedeburg hat mit diesem Buch sowohl eine Summe seiner eigenen bildungssoziologischen Arbeiten als auch einen abschließenden Überblick zu rund zwanzig Jahren im engeren Sinn erziehungswissenschaftlicher Forschung vorgelegt. Die mit diesem Buch vorliegende Gesellschaftsgeschichte deutscher Bildungspolitik hebt von Anfang an die strukturellen Bedingungen und Restriktionen hervor, an der eine moderne und emanzipatorische Bildungspolitik in Deutschland zu arbeiten hatte. Friedeburg zeigt, dass das deutsche Bildungswesen, anders als in den großen westlichen Demokratien, immer Ausdruck einer halbherzigen, von oben gelenkten Modernisierung gewesen ist, die zwar die ökonomischen Prämissen einer modernisierten Gesellschaft abschöpfen, aber nicht deren demokratischen Preis zahlen wollte.

- Ein wichtiges, immer noch hoch aktuelles Buch, das vielfältige Anregungen gibt, wie Bildungsformen heute zu konzipieren ist.

8.6 Elmar Altvater: Utopie statt Sachzwang. Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2013, S. 93-100

Vom globalen Landraub bis zum atomaren GAU: Der „Sturm des Fortschritts“, des entfesselten Kapitalismus, zerstört immer mehr die ökologischen Grundlagen des menschlichen Lebens. Elmar Altvater plädiert dagegen für ein neues utopisches Denken im Geiste Robert Jungks, des Pioniers der Zukunftsforschung. Nötig sei ein radikal-ökologischer Umbau der Gesellschaft, der allerdings schon heute durch kleine Alternativen begonnen werden muss.

- Ein interessanter Aufsatz, der dazu anregt, die gewohnten Pfade in der Jugendsozialarbeit einmal zu verlassen und Alternativen zu einer angeblich „alternativlosen“ Sachzwanglogik zu entwickeln.